

HEIMATVERLUST ALS INDIKATOR
ZUNEHMENDER UNGLEICHHEIT

JOACHIM KLOSE

„Heimat“ wird zum Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts. Während die industrielle Revolution, die Weltkriege und die Industrialisierung der Landwirtschaft die Menschen Europas und Nordamerikas noch bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in die Städte trieben und mehrere Migrationswellen auslösten, erfasst gegenwärtig dieser Prozess in ungekanntem Ausmaß die Schwellenländer Südamerikas und Asiens (Saunders, 2011). Das lässt auch die Industrienationen nicht unberührt. Hinzu kommen technologische Entwicklungen, die dazu führen, dass Arbeit immer stärker mobil und wissensbasiert wird. So lösen sich Grenzen zwischen Stadt und Land auf, fallen Sozialschranken und verändern sich Milieus. Dieser Prozess lässt das Selbstverständnis und die Verortung der Menschen nicht unberührt (Reitz, 2004) und kann als schleichender Heimatverlust beschrieben werden. Beheimatung ist eine wichtige Voraussetzung für Stabilität und kreatives Handeln.

Wird Heimat funktional eingegrenzt, sei es als Rechtsbegriff in der Neuzeit oder als Territorial-, Rassen- und Utopiebegriff in den Ideologien des 20. Jahrhunderts, wird sie zu einem Machtinstrument, dessen Intention gerade nicht darin besteht, sich mit dem Fremden auseinanderzusetzen, sondern sich abzuschotten. Das ideologiekritische Missverständnis des Nationalsozialismus und Sozialismus lag darin, dass sie zum Heimatraub und Heimatentzug führten, anstatt zur konstruktiven Auseinandersetzung, Aneignung und Ausbildung von Identität. Zugehörigkeiten lösen sich politisch nicht auf. Das zeigt sich in der mit der Globalisierung einhergehenden Migration. Es macht einen Unterschied, wo man lebt: „Die Aufdringlichkeit und damit Politisierbarkeit dieses Unterschieds wird in modernen Lebensverhältnissen größer“ (Lübbe, 2006: 41). So gibt es Bestrebungen, ein Recht auf Heimat als Menschenrecht zu institutionalisieren (Schlink, 2000). Heimat spielt in gegenwärtigen politischen Diskursen wieder eine Rolle. Eine wichtige Zäsur war der Terroranschlag in den USA vom 11. September 2001. Hinzu kommen globale Krisen wie die Katastrophe in Fukushima, der Tsunami in Indonesien oder militärische Auseinandersetzungen, deren Folgen die Menschen ganz persönlich berühren, und ein Sozialstaat, der überfordert und zunehmend als brüchig wahrgenommen wird (Hamel, 2012). Die heimische Region scheint der letzte überschaubare Zufluchtsort zu sein. So beobachtet das Rheingold Institut für quantitative Markt und Medienanalysen in Deutschland seit einiger Zeit eine Rückkehr zum Traditionellen, Authentischen und Ursprünglichen und spricht von einer Sehnsucht nach Heimat (Rheingold Institut, 2008; Simon, Kloppenburg, Schütz, 2009).

Deutschland profitiert als Exportland sowohl von der Globalisierung als auch der europäischen Einigung. Aber es muss vergegenwärtigt werden, dass die vorteilhaften strukturellen Globalisierungs- und Modernisierungsprozesse gleichzeitig zu Regionalisierung und Rückbesinnung auf Wurzeln und Identität führen. Mit dem Tempo, wie sich die Lebensverhältnisse und regionalen Bezüge ändern, verfremden sich die Herkunftswelten. So wurden in keiner Zeitepoche mehr Regionalstaaten gegründet als in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, dies war nur bedingt Folge des Endes des Kalten Krieges. Den Globalisierungs- und Modernisierungsprozess scheint eine anhaltende Pluralisierung der Staatenwelt zu begleiten (Graziano, 2018; Lübbe, 2005).

Hinzukommen Identitätsverluste aufgrund gesellschaftlicher Beschleunigungsvorgänge. Heute ist nicht mehr das überzeitlich Gültige normativ, sondern die Veränderlichkeit an sich. Dieses Zeitgefühl erreicht die Moderne über die Basismodule Wissen und Kommunikation. Die Erfahrung, dass Lebenszeit und Weltzeit ungleich groß sind, generiert das Gefühl, möglichst zeitökonomisch zu leben. Mit der Erfindung des Internets und der sozialen Netzwerke ist jedes Wissen an jedem Punkt der Erde verfügbar und jeder unmittelbar erreichbar. Zum Ungleichgewicht von Welt- und Lebenszeit treten die unüberwindbare Differenz von Welt- und Lebenswissen und die ungeheure Verdichtung von Ereignissen durch Mobilität, Flexibilität und schnelle Kommunikation. Durch immer schnellere Ereignisfolgen beschleunigt sich die Geschichte, wird es schwieriger, der Welt einen Sinn zu geben. Raum und Zeit erscheinen so vergrößert, wodurch der Mensch sich im Unendlichen zu verlieren droht. Dies erzeugt den Wunsch innezuhalten.

Einerseits wird dem Menschen mit der Eroberung des Kosmos dessen Unendlichkeit bewusst und damit Raum und Zeit entgrenzt. Andererseits führt die Verfügbarkeit von Information dazu, dass Paniken, die früher lokal waren, medial verstärkt global zu werden drohen: „Zurückbleiben einzig und allein Bilder, die Angst machen“ (Wagner, 2011). Ist zusätzlich noch das Verhältnis von innerer und äußerer Entwicklung gestört, weil Funktions- und Herkunftsräume getrennt werden oder weil persönliche Entwicklung und gesellschaftliche Modernisierung zeitlich nicht synchron vonstattengehen, kommt es zur Rückbesinnung auf Wurzeln und Identität (Lübbe, 2006: 38). Zum Fortschritt gehört stets beides, der Unwille über seine Zögerlichkeit als auch die Besorgnisse über seine Herkunftsgüter gefährdende Kraft (Ebd, 2006: 39). Er wird nur unterstützt, wenn der Einzelne sich seiner Basis sicher ist.

Wird diese fragil, die Beheimatung in Frage gestellt, werden Veränderungsprozesse nicht mitgetragen (Greverus, 1979). Bei Einführung neuer Technologien oder Infrastrukturmaßnahmen wird es künftig nicht ausreichen, die politische Kommunikation zu ändern und Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen, um Protesten vorzubeugen. Die Gründe der Ressentiments liegen tiefer und haben eher mit Heimat- und Identitätsverlust zu tun als mit Mitwirkungsdefiziten.

Die Angst, mit den Problemen der Welt allein gelassen zu werden, verstärkt die Demografie. Während sich in Sachsen die Zahl der über 80-Jährigen vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2020 verdoppelt, halbiert sich die Zahl der 15- bis 25-Jährigen. 25 Jahre nach der friedlichen Revolution leben 20 Prozent weniger Menschen im Freistaat und bildete sich ein Männerüberhang bei den 20-30jährigen von 11 Prozent. Binnenmigration führt dazu, dass die Großstädte wachsen und es Orte mit einem Bevölkerungsverlust von fast 50 Prozent und einem Männerüberhang von über 30 Prozent gibt. Das leichte Aufgeben der Heimat hat ihre Ursache nicht nur in mangelnden wirtschaftlichen Perspektiven, sie sind aber auch ein Indikator für fehlende Heimatbindungen. Rüdiger Safranski plädiert in seinem Essay „Wie viel Globalisierung verträgt der Mensch?“ (Safranski, 2003) wieder für die partielle Einführung des Heimatbegriffes. Angesichts der Globalisierung sei eine Positivbewertung von Heimat notwendig. „Wir kommunizieren und reisen zwar global, wir können aber nicht im Globalen wohnen.“ Die Ausbalancierung von Mobilität und Weltoffenheit durch Ortsfestigkeit ist eine anthropologische Grundbedingung (Beutner, 2008: 23). Beides wird benötigt: Global agierende Eliten und eine *stabilitas loci* durch feste Sozialräume und Ortsbindung. „Je mehr emotional gesättigte Ortsbindung, desto größer die Fähigkeit und Bereitschaft zur Weltoffenheit“ (Safranski, 2003). In diesem Sinn ist „Heimat“ global überwölbt.

Aber warum erzeugt der Übergang von der egalitären Gesellschaft der Diktatur zur freiheitlichen Demokratie so große Verwerfungen, wählen 27 Prozent der Sachsen die AfD? Liegt es daran, dass die Last der Anforderungen der Zivilisation (Popper, 1980: 237) und die Sehnsucht nach einem betreuten und geregelten Leben, welches sich nicht den Herausforderungen einer komplexeren Welt und den Lasten eines selbstbestimmten Handelns stellen möchte, fühlbar zu werden beginnen? Nach 56 Jahren Diktaturerfahrung konnten die Ostdeutschen zwar erst nach der friedlichen Revolution 1989

den schwierigen Weg in die Freiheit beschreiten. Aber träumen sie nach 29 Jahren, einer Zeit, die länger ist, als die Berliner Mauer stand, noch von kollektiver Einheit, Gleichheit und gesellschaftlicher Vervollkommnung? Deren Ästhetizismus, Holismus und Kollektivismus war doch Ausdruck, Wirkung und Symptom eines wenn auch zwangsweise verhängten verlorenen Gruppengeistes (Popper, 1980: 266). Oder leiden sie unter der Last der Demokratie und verspüren so etwas wie kollektive Phantomschmerzen? Worin bestanden denn die individuellen Herausforderungen und wie wurden sie bewältigt?

Das Zeiterleben in der Diktatur ist von dem in der freiheitlichen Demokratie sehr verschieden. Für die Mehrzahl der Bevölkerung in der DDR gab es kein berufliches Telos, persönliche Perspektiven schnurrten auf eine langanhaltende Gleichförmigkeit zusammen. Das suggerierte relative Sicherheit und hatte zur Folge, dass Arbeitszeit als „fremdbestimmt“ angesehen und somit auf ein Minimum reduziert wurde. Die verbliebene „Freizeit“ wurde auch für die Kompensation des Mangels benötigt. Der Einzelne war immer am "Organisieren". Dies führt zu dem Paradoxon, dass in der Reflexion die verstrichene Zeit der rastlosen Rastlosigkeit als angefüllt wahrgenommen wird. Heute muss man sich zu Kreativität und Eigenverantwortung, die notwendig für die Gestaltung der Demokratie sind, selbst motivieren. Wie groß muss der Mangel sein, um kreativ zu werden? Hinzukommt, dass politische Entscheidungen in der Diktatur schnell gefällt und umgesetzt werden können. Konsensfindungsprozesse und politischer Streit in der Demokratie benötigen aber Zeit, sodass sie als unfähig erachtet wird, aktuelle Probleme zu lösen.

Ein weiterer Aspekt betrifft den Verlust der historischen Wurzeln. Aufgrund der ideologischen auf die Geschichte der Arbeiterbewegung fixierten Wissensvermittlung blieben den DDR-Bürgern die Zusammenhänge der Geschichte verschlossen. Der Verlust des Geschichtsbewusstseins führt zur Abkopplung vom Zeitfluss der Ereignisse, so dass sich der Einzelne nicht in der Tradition und Verantwortung der Vergangenheit sieht und somit nicht in die Lage versetzt wurde, die Zukunft verantwortlich zu gestalten.

Der Übergang von der DDR zur Bundesrepublik war von einer gesamtgesellschaftlichen Reorganisation begleitet. Viele Menschen erlebten einen starken Machtverlust. Dies betrifft nicht nur die gesellschaftlichen Eliten, die ausgetauscht wurden, sondern auch einfache Bürger. Letztendlich besitzen

in einer Mangelwirtschaft diejenigen, die an der Verteilung der Güter beteiligt sind, strukturelle Macht, ebenso wie jene, die die Güter besitzen. Das Ausbleiben der Kompensation dieses Machtverlustes führt zur Verklärung der Vergangenheit und kann von keinem gesellschaftlichen Folgesystem kompensiert werden. Aus Perspektive des Machtverlustes wird erst verständlich, warum trotz materiellen Wohlstands ein Großteil der Gesellschaft mit der Demokratie eher unzufrieden ist. Dies betrifft die ältere Generation in stärkerem Maße als die jüngere. Die faktische Macht in Organisationen hängt ja ganz wesentlich vom Einfluss auf Karrieren ab und beruht auf der Disposition von Stellenbesetzungen (Popper, 1980: 104 ff.). Da die ostdeutschen Biographien tendenziell schwierig zu bewerten sind und die neuen Elite mit ihren Herkunftsräumen sozial verbunden ist, ist die Mehrheit der ostdeutsche Bevölkerung über lange Zeiträume von der politischen und gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme ausgeschlossen.

Aufgrund der minimalen Kompromissbereitschaft vieler ehemaliger DDR-Bürger schien aber auch das Ausfüllen des politischen Machtvakuum nach 1989 jenen unmöglich gewesen zu sein, die Distanz zur Macht hielten. "Macht" wurde in der Diktatur nicht unter dem Aspekt der Verantwortung erfahren, sondern fast immer unter dem des Missbrauchs. So gab es auch eine Verantwortung, die sich konsequent der Macht enthielt. Das hatte die unbefriedigende Konsequenz, dass diejenigen, die schon in der Diktatur Macht ausübten, nach 1990 wiederum in gesellschaftliche Positionen drängten bzw. Seilschaften der alten Bundesländer die Funktionen übernahmen. Schon die Mitgliedschaft in einer Partei bringt einen in die Nähe zur politischen Macht und ist suspekt. Parteien werden von ehemaligen DDR-Bürgern selten als Interessenslobby, immer aber als Identitäts- und Machträume interpretiert. So setzte die SED-Mitgliedschaft ein atheistisches Bekenntnis und damit den Kirchenaustritt voraus. Gegenwärtig sind in Sachsen weniger als 0,75 Prozent der Bevölkerung Parteimitglieder, gibt es keine politischen Milieus mehr, eine große Distanz zu politischen Akteuren und geringes politisches Engagement. Die Distanz der DDR-Bürger zur Macht wird häufig als ungenügende Anpassungsfähigkeit oder apolitisches Verhalten missverstanden.

Vergleiche der Bevölkerung in West- und Ostdeutschland zeigen immer wieder, dass die Mehrzahl in den alten Bundesländern für Freiheit eintritt und im Osten hingegen für Gleichheit (John Stuart Mill Institut, 2011). Die Gleich-

heitsforderung bedeutet jedoch Chancengleichheit, entspringt aber der Utopie der egalitären Gesellschaft, in der der Einzelne nicht nur vor dem Gesetz gleich ist. Die Vermögensspreizung war in der Mangelgesellschaft gegenüber der gegenwärtigen marginal. Der monatliche Verdienst eines Handwerkers lag teilweise über dem von Akademikern und 85 Prozent der ehemaligen DDR-Bürger hatten zum Zeitpunkt der Währungsunion 1990 weniger als 5000 Mark Spareinlagen. Die Bürger nahmen sich als materiell gleichgestellt war. Das hat sich seit 1990 stark verändert. Während ein Großteil der Bevölkerung nach wie vor in eher prekären Verhältnissen lebt, haben sich die Einkommen des oberen Zehntels vervielfacht (Miegel, 2010). Die Konsequenzen sind fatal. Der Verlust der Sozialismusutopie führt zum Sinnverlust und das Residuum der utopischen Gleichheitsforderung, das nicht erfüllbar ist, zum Leiden an den Ungerechtigkeiten der Welt und materiellem Neid. Ungleichheit kann keine Demokratie vollständig ausgleichen. Das ist auch nicht gewollt, denn die Marktwirtschaft generiert ihre innere Dynamik daraus. Aber wie viel Ungleichheit ist erwünscht, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zu gefährden?

Die Vorstellung, dass die Individuen einer Gesellschaft vollständig selbstbestimmt und frei sind, unterliegt dem Trugschluss, dass es möglich sei, vom jeweiligen Erfahrungshorizont zu abstrahieren. Der Mensch ist immer in konkrete Situationen gestellt und handelt vor einem kulturellen Hintergrund.¹ Eine gemeinsame Kultur und das, was sich dann gesellschaftlich Heimat nennt, formen sich durch Synchronisation der individuellen Erfahrungen. Beheimatung und gesellschaftliche Heimat stehen in einem Wechselverhältnis: Ein positiv bestimmtes Heimatbewusstsein führt zu gleichartigen, stabil aufeinander bezogenen Aktionsmustern, die an verschiedenen gesellschaftlichen Orten sichtbar und in Organisationen, Institutionen und sozialen Ordnungsgefügen aktiv werden, die wiederum die Heimat ausmachen. So formt sich ein gemeinsames Zukunftsbild, das Ausgangspunkt wechselseitiger aufeinander bezogener Handlungen ist. Heimat ist dann Ausgangspunkt für die Konstruktion politischer, kultureller oder rechtlicher Ordnung, deren Aufbau mit den Vorstellungen, Praktiken und Institutionen der gegenwärtig leben-

¹ (...) it is impossible for an Inuit person from Canada's far north to suddenly decide to stop being an Inuit and that the only sensible response is to recognize and accept this constitutive feature of his identity" (Stanford, 2001: 12).

den Generationen korreliert.² Vereinbarungen, wie die allgemeinen Menschenrechte, sind im interkulturellen Dialog abstimmbare, wenn man akzeptiert, dass Menschen in unterschiedlichen Religionen, Kulturen und Wirklichkeitsvorstellungen beheimatet sind und sie aus unterschiedlichen kulturellen Wert- und Ordnungsrahmen stammen, und setzt nicht zwingend Übereinstimmung in deren Begründung voraus (Taylor, 1999: 124). Um gemeinsame Werte auszubilden, bedarf es nur jeweiliger Begründungszusammenhänge, die aus den konkreten Kontexten heraus entwickelt werden. Sie bestimmen die Wertebasis des Einzelnen (Stanford, 2001: 10).

Die Demokratie geht davon aus, dass ihre Bürger beständig den Wunsch hegen, Freiräume aktiv zu erobern und kreativ auszufüllen. Das ist nicht immer der Fall. Häufig trifft man auf die Haltung, dass es angenehmer ist, keine neuen Ideen auszuprobieren, und es ausreicht, sich nur mit den nahen Lebensumständen zu beschäftigen. Es ist ein Mangel der Demokratie, dass sie keinen greifbaren Lebenssinn und motivierende Handlungsziele zur Verfügung stellt. Der Glaube an Demokratie und Freiheit reicht nicht aus, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu befassen. Demokratische Einrichtungen sind nur Mittel zur Ermöglichung von Freiheit, hinzutreten muss ein Kodex vorgegebener Überzeugungen, ein Bewusstsein für Formen und Institutionen, Vernunft und Weitsicht, auch Verlässlichkeit, Mut, Toleranz und Gesetzestreue. Voraussetzung und Basis dieses Kodexes ist Heimat. Sie präsentiert die Summe der positiven Wirklichkeitserfahrungen, führt zur Wertschätzung und aktivem Erhalt der den Menschen umgebenden Umwelt und Umstände. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, die Beheimatung ihrer Bürger zu ermöglichen, so dass sich jeder geborgen fühlt. Aufgabe des Einzelnen bleibt es, sich in der Wahrnehmung der Wirklichkeit zu üben, sich Heimat immer wieder anzueignen und das Verantwortbare zu tun, ohne dass das Gemeinwesen gefährdet ist.

Aus Anlass des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 prägte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl den Begriff von den „blühenden Landschaften“. Seine Vision, die östlichen Bundesländer zu blühenden Landschaften zu entwickeln, ist Wirklichkeit geworden. Davon

² „Alasdair MacIntyre and Charles Taylor argued that moral and political judgment will depend on the language of reasons and the interpretative framework within which agents view their world, hence that it makes no sense to begin the political enterprise by abstracting from the interpretive dimensions of human beliefs, practices, and institutions“ (Stanford, 2001: 2).

legen viele Städte und Regionen der ehemaligen DDR Zeugnis ab. Allerdings reichen die hard facts der wirtschaftlichen Entwicklung nicht aus, um Ungleichheit zu vermeiden und Gleichwertigkeit herzustellen. Hinzutreten müssen soft facts wie Wertschätzung, Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, Dazugehörigkeit und Gemeinsinn. Irgendwann nämlich ist das gemeinsame Haus fertiggestellt und dann taucht die Frage auf, wozu die Anstrengungen notwendig waren. Solange der Einzelne und die Gesellschaft in die Handlung des Aufbaus involviert waren, ist diese sinnstiftend, stellt sie doch ein Handlungsziel zur Verfügung. Das allein reicht aber nicht aus. Es bedarf des positiven Beziehungsgefüges zwischen innerer und äußerer Wirklichkeit des Einzelnen. Dieser Gleichgewichtszustand wird allgemein als Heimat bezeichnet. Er kann von Individuum zu Individuum höchst ungleich sein und verträgt nur infinitesimale örtliche, zeitliche, soziale und damit kulturelle Veränderungen. Die Moderation dieses Veränderungsprozesses im Verhältnis zu den rasanten Veränderungen durch technologischen Fortschritt und Globalisierung ist Aufgabe der Politik. Das reicht von der Diskussion des kulturellen Framings unserer Gesellschaft bis hin zu konkreten Stadt-Land-Ausgleichsprozessen und der geregelten Gestaltung der Zuwanderung. „Heimat“ ist nicht der Gegenbegriff zur Globalisierung, sondern ihr Dreh- und Angelpunkt.

Literatur:

- Beutner, Eduard. 2008. Allerlei Heimat. In: Beutner, Eduard; Rossbacher, Karlheinz (Hg.). Ferne Heimat – Nahe Fremde bei Dichtern und Nachdenkern. Würzburg: Verlag Königshausen & Neumann. S. 15-32.
- Graziano, Manlio. 2018. What is a border? Stanford/California: Stanford University Press.
- Greverus, Ina-Maria. 1979. Auf der Suche nach Heimat. München: Beck.
- Hamel, Oliver. 2012. Den Menschen wächst die Welt über den Kopf. Interview mit Judith Behmer. Mitglied der Geschäftsführung des Rheingold Instituts für quantitative Markt- und Medienanalysen. Kieler Nachrichten (6. August 2012).
- John Stuart Mill Institut .2011. Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit? https://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/7691_Freiheitsindex.pdf (Zugriff 09. Juni 2018).

Lübbe, Hermann. 2006. Moderne Heimat: Über kulturelle und politische Geltungsgewinne eines alten Gutes. Mut 464, S. 38-43.

Lübbe, Hermann. 2005. Die Zivilisationsökumene – Globalisierung kulturell, technisch und politisch. München: Wilhelm Fink Verlag.

Miegel, Meinhard. 2010. Exit. Wohlstand ohne Wachstum. Berlin: Ullstein Buchverlage GmbH/PropyläenVerlag.

Popper, Karl Raimund. 1980. Die offene Gesellschaft und Ihre Feinde, Bd. 1, 6. Auflage. München: Francke Verlag.

Reitz, Edgar. 2004. Interview. DIE ZEIT 52.

Rheingold Institut. 2008. Psychologische Studie zur Bedeutung von „Heimat“. Im Auftrag des Westdeutschen Rundfunks. www.wdr.de/unternehmen/presslounge/pressemitteilungen/2008/10/img_pdf/WDR-Rheingold_Heimat.pdf (Zugriff: 10. Oktober 2008).

Safranski, Rüdiger. 2003. Wieviel Globalisierung verträgt der Mensch. München: Carl Hanser Verlag.

Saunders, Doug. 2011. Arrival City. München: Karl Blessing Verlag.

Schlink, Bernhard. 2000. Heimat als Utopie. Frankfurt am Main: edition Suhrkamp.

Simon, Erik; Kloppenburg, Gerhard; Schütz, Michael. 2009. Regionale Interessen und Heimatverständnis. Ergebnisse einer qualitativen und quantitativen Studie in Nordrhein-Westfalen. Media Perspektiven 2/2009. S.60-67.

Stanford Encyclopedia of Philosophy. 2001. Lemma Communitarianism. <http://plato.stanford.edu/entries/communitarianism> (Zugriff: 3. November 2013).

Taylor, Charles. 1999. Conditions of an Unforced Consensus on Human Rights. In: Bauer, John R., Bell, David A. (Hg). The East Asian Challenge of Human Rights, New York: Cambridge University Press. S. 124-144.

Wagner, Richard 2011. Skulares Katastrophenfieber. Die Tagespost (22.03.2011).